



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Rede 1. Mai 2018, Zürich
Vania Alleva, Präsidentin Unia

(Es gilt das gesprochene Wort)

Lohngleichheit. Punkt. Schluss!

Es geht um die Wahl zwischen Solidarität und sozialer Spaltung.

Für den diesjährigen 1. Mai haben wir einen kurzen, griffigen Slogan gewählt: «Lohngleichheit. Punkt. Schluss!»

Wir haben diesen Slogan so gewählt, weil wir genug haben. Weil es uns reicht. Wir haben genug von der elenden Hinhaltetaktik der Politiker, wir haben genug von den unsäglichen Ausreden der Arbeitgeber. Es ist unglaublich, dass es immer noch keine Lohnkontrollen gibt und es ist unglaublich, dass sogar eine klitzekleine Revision des Gleichstellungsgesetzes mit minimalen Verbesserungen vom Parlament zurückgewiesen wird.

Das Ganze hat System. Wenn es um die Rechte der Frauen geht, dauert es in der Schweiz immer ewig. Rund 100 Jahre beim Frauenstimmrecht oder 60 Jahre bei der Mutterschaftsversicherung. Und bei der Lohngleichheit noch viel länger.

Als Gewerkschafterinnen wissen wir, dass uns nichts geschenkt wird, weder im Betrieb, noch in der Gesellschaft. Wir wissen, dass bessere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, bessere Renten nicht einfach vom Himmel fallen. Wir wissen, dass alles hart erkämpft werden muss. Dass wir nur sozialen Fortschritt erreichen, wenn wir den nötigen Druck aufbauen. Dann bewegt sich etwas. Wir wissen das. Deshalb sind wir Gewerkschafterinnen alle – in der einen oder anderen Form – Kämpferinnen!

Sozialer Fortschritt braucht viel kollektive Energie. Und ganz besonders viel Energie brauchen wir bei der Gleichstellung. Es ist einfach unglaublich, mit welchem Schneckentempo es hier vorwärts geht.

«Lohngleichheit. Punkt. Schluss!» Unser Slogan ist kurz, hinter ihm steht aber eine extrem lange Geschichte. Es ist die Organisationsgeschichte arbeitender Frauen. Sie reicht weit zurück. In Zürich beispielsweise ist bereits für das Jahr 1844 eine Gesellschaft von Näherinnen dokumentiert. Seit 1886 organisierten sich in verschiedenen Schweizer Orten Arbeiterinnen, Hausfrauen und Dienstbotinnen in «Arbeiterinnenvereinen».

Die organisierten Frauen, unsere Urgrossmütter, brachten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung die «Frauenfrage» auf den Tisch. Und damit die Frage der Lohngleichheit.

Gleichheit! Das hätte eigentlich Musik sein sollen in den Ohren ihrer männlichen Kollegen – schrieben doch die Gewerkschaften fast aller Länder seit ihrer Gründung die Parole der französischen Revolution auf ihre Fahnen: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Aber eben, die «Brüderlichkeit»! Sie gab der «Gleichheit» ein männliches Geschlecht. Für die weiblichen Arbeiterinnen galt sie lange nicht. Die männlich dominierten Gewerkschaften waren blind für den Zusammenhang von Kapitalismus und Patriarchat.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem basiert nicht nur auf der Ausbeutung der Lohnarbeit, sondern auch auf der Trennung von bezahlter Produktions- und unbezahlter Reproduktionsarbeit, von öffentlicher und privater Sphäre. Der Mann versorgt mit seinem Lohn die Familie, während die Frau sich gratis um den Haushalt und die Kinder kümmert. Dieses Familienideal erreichte seinen Höhepunkt in der Nachkriegszeit. Auch in den Gewerkschaften. Die Frauenforderung nach Aufnahme der Lohngleichheit ins Arbeitsprogramm des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hatte am Kongress von 1960 keine Chance. Schon die Formulierung «Frauenlöhne seien auch allgemein anzuheben» ging damals zu weit. Man befürchtete, mit derartigen «Partikularinteressen» die männlichen Mitglieder zu verschrecken.

Das hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zum Glück geändert. Nicht zuletzt dank dem Einfluss der Frauenbewegung. Junge Frauen führen heute ein anderes Leben als ihre Grossmütter und Mütter. Sie stellen die Mehrheit der Studierenden, sind überwiegend erwerbstätig und streben selbstverständlich finanzielle Unabhängigkeit, Lohngleichheit und Gleichberechtigung insgesamt an.

Auch die Gewerkschaften haben sich geändert. Entscheidend hierfür war, dass sich immer mehr Frauen gewerkschaftlich organisierten und ihre Stimme immer lauter erhoben. Heute ist für die Gewerkschaften klar: Lohngleichheit, das ist keine Frage von Partikularinteressen! Sie ist ein Gradmesser dafür, ob wir in der Lage sind, die kapitalistische Spaltung der Arbeitnehmenden nach Geschlecht zu überwinden und mehr Rechte für Frauen UND Männer zu erkämpfen.

Dieser Perspektivenwechsel hin zum geschlechterübergreifenden Kampf für gleiche und bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für alle – fällt zeitlich zusammen mit einer zweiten wichtigen Entwicklung: Bis in die 1990er Jahre herrschte in der Schweiz ein System der Arbeitsmarktabstottung, das einen Teil der Arbeitnehmenden massiv benachteiligte. Ich rede vom fremdenfeindlichen Kontingentierungssystem und dem damit verbundenen Saisonierstatut. Es bedeutete für Hunderttausende und später für Millionen von Kolleginnen und Kollegen und ihre Familien eine unerträgliche Diskriminierung und war zum Teil mit menschenunwürdigen arbeits- und Lebensbedingungen verbunden.

Ähnlich wie die Diskriminierung der Frauen gehorchte auch die Diskriminierung der Migrant/innen einer kapitalistischen Ausbeutungslogik: Als billige Verschiebemasse auf dem Arbeitsmarkt ermöglichten sie bei guter Konjunktur grössere Profite. Wenn dann die Krise kam, schob man sie in ihre Herkunftsländer ab – ohne Recht auf Arbeitslosenunterstützung. «Konjunkturpuffer» – so lautete die menschenverachtende Bezeichnung damals.

Es war wichtig für die Gewerkschaften, dass sie erkannten, dass sie alle Arbeitnehmer/innen, unabhängig von ihrem Pass, organisieren müssen. Heute ist für die Gewerkschaften klar: Gleichberechtigung für Migrant/innen, das ist keine Frage von Partikularinteressen! Sie ist ein Gradmesser dafür, ob wir in der Lage sind, die kapitalistische Spaltung der Arbeitnehmenden nach ihrer Herkunft zu überwinden und mehr Rechte für Einheimische UND Zugewanderte zu erkämpfen.

Gleichheit gilt für alle, auch für Frauen, auch für Migrant/innen! Die Bedeutung dieser Einsicht kann gar nicht überschätzt werden.

Der gemeinsame Kampf von Frauen und Männern, von Einheimischen und Zugewanderten, war die Grundlage dafür, dass sich die Gewerkschaften in der Schweiz in den letzten drei Jahrzehnten haben behaupten können – gegen die immer schärferen Angriffe neoliberaler Arbeitgeberverbände einerseits; und gegen die Hetze der nationalkonservativen Milliardärs-Clique namens «SVP» andererseits.

«Gleichheit für alle» ist auch heute noch die Grundlage für eine Politik der – geschlechter- und grenzüberschreitenden – Klassensolidarität. Eine Politik, die zum Beispiel den Mutterschaftsurlaub erkämpft und bisher die Renten verteidigt hat. Eine Politik, welche dazu beigetragen hat, dass über eine Million aus Europa stammender Kolleg/innen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt nicht mehr wie rechtlose Menschen zweiter Klasse behandelt werden können. Eine Politik auch, die dafür gesorgt hat, dass heute über zwei Millionen Arbeitnehmende in diesem Land einen gewissen Schutz dank Gesamtarbeitsverträgen, Mindestlöhnen und Arbeitsmarktkontrollen geniessen. So viel wie niemals zuvor.

All diese Erfolge sind das Resultat von Solidarität. Solidarität, so wie ich sie verstehe, heisst...

- begreifen, dass MEIN Recht davon abhängt, dass meine Kollegin und mein Nachbar dasselbe Recht wie ich haben;
- begreifen, dass MEIN gerechter Lohn, meine guten Arbeitsbedingungen, meine soziale Sicherheit und meine Bewegungsfreiheit davon abhängen, dass ALLE dieselben Rechte erhalten;
- begreifen, dass UNSERE Rechte unteilbar sind.

Solidarität heisst: Dies begreifen UND dann gemeinsam kämpfen. Gegen die Spaltung, für gleiche Rechte für ALLE.

Diesen Grundsatz dürfen wir nie verraten. Dies umso mehr, als die solidarischen Kräfte heute stärker unter Druck stehen als je. Ich habe die zunehmenden Angriffe der Arbeitgeber und der SVP-Bonzen auf die Arbeitnehmerrechte und die Gewerkschaften in der Schweiz erwähnt. Diese Angriffe sind Zeichen einer umfassenden gesellschaftlichen Krise, die weit über die Schweiz hinausreicht.

Die Krise hat einen Namen: Sie heisst «neoliberale Globalisierung». Drei Jahrzehnte Marktideologie, Profitmaximierung und Abzockerei haben schwere Verwüstungen angerichtet. Sozialabbau und Sparpolitik, entfesselte Kapitalmärkte, Steuergeschenke an Reiche, Privatisierung des Service Public und des Gesundheitswesens, Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen – dies alles hat soziale Solidaritätsnetze zerstört und eine extreme soziale Ungleichheit geschaffen:

- Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt mehr als die übrigen 99 Prozent zusammen.
- Auch in den wohlhabenden Ländern führen Niedriglöhne und Prekarisierung der Arbeit zu einer Zunahme der Working Poor.
- Sogar in der reichen Schweiz, dem Land mit dem absolut höchsten Anteil an Milliardären und Superreichen, sind über eine halbe Million Menschen von Armut betroffen. Und mehr als eine weitere Million ist von Armut bedroht.

Diese extreme Ungleichheit ist der Nährboden, auf dem konservative, autoritäre und sogar faschistische Kräfte ihre Politik der Angst und der sozialen Spaltung vorantreiben.

Uns stehen entscheidende Jahre der politischen Auseinandersetzung bevor. Beim Kampf für soziale Sicherheit und gerechte Steuern, um Löhne und Arbeitsbedingungen, um gleiche Rechte für Frauen und Migrant/innen – geht es ums Ganze! Entweder setzen sich die reaktionären Kräfte der

Spaltung durch. Dann wird an Stelle des bisherigen, einigermaßen rechtsstaatlichen und demokratischen Systems ein zunehmend autoritäres Regime treten. Oder aber, wir, die Kräfte der Solidarität, können einen alternativen Weg zu einer besseren Zukunft weisen. Indem wir zeigen, dass der gemeinsame Kampf gegen Diskriminierungen und für gleiche Rechte zu einem besseren Leben für alle führt.

Unsere Kampagne für die Lohngleichheit der Frauen ist ein Teil dieses Kampfes. So viel sollte nun klar sein: Es geht dabei um viel mehr, als um ein paar Worte in der Bundesverfassung. Wenn wir sagen: «Lohngleichheit. Punkt. Schluss!», dann geht es, ganz grundsätzlich, um die Wahl zwischen Solidarität und sozialer Spaltung.

Das ist unser aller Kampf. Gemeinsam können wir gewinnen. Uniti siamo forti!